

BVGer D-2622/2022 vom 30. Mai 2022

Bundesverwaltungsgericht, 2022-05-30, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bvger_D-2622_2022_d20220530

FR: TAF D-2622/2022 du 30 mai 2022

IT: TAF D-2622/2022 del 30 maggio 2022

Regeste

Asyl und Wegweisung (Mehrfachgesuch/Wiedererwägung) | Asyl und Wegweisung (Nichteintreten auf Mehrfachgesuch); Verfügung des SEM vom 30. Mai 2022

Erwägungen

E. 1.1

Gemäss Art. 31 VGG ist das Bundesverwaltungsgericht zur Beurteilung von Beschwerden gegen Verfügungen nach Art. 5 VwVG zuständig und entscheidet auf dem Gebiet des Asyls in der Regel – wie auch vorliegend – endgültig (Art. 83 Bst. d Ziff. 1 BGG; Art. 105 AsylG [SR 142.31]).

E. 1.2

Der Beschwerdeführer ist als Verfügungsadressat zur Beschwerdefüh- rung legitimiert (Art. 48 Abs. 1 VwVG). Auf die frist- und formgerecht einge- reichte Beschwerde (Art. 108 Abs. 3 AsylG und Art. 52 Abs. 1 VwVG) ist einzutreten.

E. 2

Die Kognition des Bundesverwaltungsgerichts und die zulässigen Rügen richten sich im Asylbereich nach Art. 106 Abs. 1 AsylG, im Bereich des Aus- länderrechts nach Art. 49 VwVG (vgl. BVGE 2014/26 E. 5).

E. 3

Vorliegend ist zu prüfen, ob die Vorinstanz zu Recht auf das Mehrfache- such nicht eingetreten ist. Die Beschwerdeinstanz enthält sich, sofern sie den Nichteintretensentscheid als unrechtmässig erachtet, einer selbststän- digen materiellen Prüfung; sie hebt die angefochtene Verfügung auf und weist die Sache zu neuer Entscheidung an die Vorinstanz zurück (vgl. BVGE 2007/8 E. 2.1 m.w.H.). Hinsichtlich der Frage der Wegweisung und des Wegweisungsvollzugs hat die Vorinstanz eine materielle Prüfung

D-2622/2022 Seite 6 vorgenommen, weshalb das Bundesverwaltungsgericht diese Punkte inso- weit ohne Einschränkung prüft.

E. 4

Über offensichtlich unbegründete Beschwerden wird in einzelrichterlicher Zuständigkeit mit Zustimmung eines zweiten Richters beziehungsweise ei- ner zweiten Richterin entschieden (Art. 111 Bst. e AsylG). Wie nachste- hend aufgezeigt, handelt es sich um eine solche, weshalb das Urteil nur summarisch zu begründen ist (Art. 111a Abs. 2 AsylG). Gestützt auf Art. 111a Abs. 1 AsylG wurde auf die Durchführung eines Schriftenwechsels verzichtet.

E. 5.1

Das SEM hielt zur Begründung seines Entscheids zunächst fest, die Vorbringen, wonach das ganze Dorf sowie der staatliche Ermittler und die (Nennung Teil der Streitkräfte) des Dorfes vom Besuch einer fremden Person bei seiner (Nennung Verwandte) im Rahmen der Botschaftsabklärung im Jahr (...) erfahren habe, und der damalige tamilische Übersetzer als Doppelagent für den Geheimdienst der sri-lankischen Regierung tätig gewesen sei, wären im Rahmen eines Revisionsgesuchs durch das Bundesverwaltungsgericht zu behandeln. Es sei daher auf diese Vorbringen mangels funktioneller Zuständigkeit nicht einzutreten.

Sodann müssten Mehrfachgesuche gehörig begründet sein, so dass die Behörde in der Lage sei, über das Gesuch entscheiden zu können, auch ohne dass sie die gesuchstellende Person vorher anhöre. Sofern eine gesuchstellende Person ihrer Begründungspflicht nicht nachkomme oder die Eingabe inhaltlich haltlos sei, habe die Behörde gemäss Art. 111b Abs. 2 AsylG in Verbindung mit Art. 13 Abs. 2 VwVG neben der formlosen Abschreibung die Option, auf das Gesuch nicht einzutreten (BVG 2014/39 E. 7). Das neue Asylgesuch sei als unbegründet zu erachten, zumal der Beschwerdeführer lediglich die bereits im ersten Gesuch geltend gemachten Vorbringen zur angeblichen Suche der sri-lankischen Behörden nach ihm wiederhole, sich zur Botschaftsabklärung des Jahres (...) äussere und vom Bestehen eines permanenten Haftbefehls gegen ihn ausgehe. Die behördliche Suche stelle jedoch eine unbelegte Parteibehauptung dar, weshalb er diese im Lichte der rechtskräftig festgestellten Unglaubhaftigkeit seiner Asylgründe nicht gehörig zu begründen vermöge. Aus den allgemein gehaltenen Ausführungen über die aktuelle Entwicklung im Norden Sri Lankas, die allgemeine Lage der tamilischen Bevölkerung und die durch die

D-2622/2022 Seite 7 eingereichten Beweismittel dokumentierten Vorfälle sei in Ermangelung eines dargelegten Konnexes zu seiner persönlichen Situation eine gehörige Begründung ebenfalls zu verneinen. Auch die vorgebrachten gesundheitlichen Beschwerden seien angesichts des Fehlens von Beweismitteln unbegründet. Eine Anhörung erweise sich im Übrigen als nicht angezeigt.

E. 5.2

Der Beschwerdeführer wendete in seiner Rechtsmitteleingabe im Zusammenhang mit der vom SEM verneinten funktionellen Zuständigkeit unter Verweis auf BVGE 2007/8 E. 2.1 (vgl. auch E. 3 vorstehend) ein, es sei als paradox zu erachten, dass das SEM seinen Entscheid mit der Unbegründetheit oder dem repetitiven Charakter seines Antrags begründet habe, um sich für unzuständig zu erklären. Ferner habe sich die allgemeine Situation in Sri Lanka – wie das SEM zu verkennen scheine – jüngst stark verändert, die politische und soziale Lage sei äusserst angespannt und das Land leide unter einer schweren Wirtschaftskrise. Es sei daher von Rückführungen nach Sri Lanka abzusehen. Weiter verweist der Beschwerdeführer in seiner Beweismittleingabe vom 25. Juli 2022 auf einen nicht näher bezeichneten Bericht der (Nennung Organisation), der angesichts der aktuellen Regierungs- und Wirtschaftskrise in Sri Lanka einen Verzicht auf Rückführungen dorthin fordere, bis dass sich die Situation wieder stabilisiert habe. Die Prüfung des Wegweisungsvollzugs in seinem Fall sei vor dem Hintergrund dieser Feststellungen vorzunehmen.

E. 6.1

Erhebliche Tatsachen, von denen die Partei erst nach Ergehen eines rechtskräftigen materiellen Beschwerdeentscheides erfährt, die sich jedoch bereits vor dessen Ergehen verwirklicht haben (sog. unechte Noven) sind mittels Revision geltend zu machen (vgl. Art. 45 VGG i.V.m. Art. 123 Abs. 1 Bst. a BGG; BVGE 2013/22 E. 4.3.1). Der Beschwerdeführer bringt unter anderem vor, der Umstand, dass anlässlich der Botschaftsabklärung im Jahr (...) eine fremde Person zum Haus seiner (Nennung Verwandte) gekommen sei, habe sich in der Folge im ganzen Dorf verbreitet, wovon auch der staatliche Ermittler und die (Nennung Teil der Streitkräfte) erfahren hätten. Zudem sei der damals anwesende tamilische Übersetzer ein Doppelagent des sri-lankischen Geheimdienstes gewesen. Da sich diese Vorbringen auf Sachverhalte stützen, die vor dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts Urteil D-1884/2020 vom 7. April 2022 entstanden sind respektive sich verwirklicht haben, hat sich das SEM für deren Beurteilung zu Recht als unzuständig erachtet. Der

D-2622/2022 Seite 8 Beschwerdeführer vermag mit seinem Hinweis auf BVGE 2007/8 angesichts der in der Rechtsprechung entwickelten Zuständigkeiten (vgl. BVGE 2013/22; BVGE 2014/39) und den am 1. Februar 2014 in Kraft getretenen Bestimmungen von Art. 111b (Wiedererwägung) und 111c (Mehrfachgesuche) zu keiner anderen Erkenntnis zu führen.

E. 6.2

Ein Mehrfachgesuch im Sinne von Art. 111c AsylG setzt voraus, dass neue Asylgründe geltend gemacht werden, die nach der Rechtskraft eines Asylentscheides eingetreten sind (vgl. BVGE 2014/39 E.4.6). Das SEM hat demnach die weitergehenden Vorbringen des Beschwerdeführers in seiner Eingabe vom 9. Mai 2022 zutreffend als Mehrfachgesuch qualifiziert und diesbezüglich angeführt, dass das Festhalten an der bereits vorgebrachten bisherigen Suche der Behörden und die lediglich behauptete, jedoch nicht weiter konkretisierte aktuelle behördliche Suche mittels Haftbefehl auch angesichts der mit Urteil D-1884/2020 vom 7. April 2022 rechtskräftig festgestellten Unglaubhaftigkeit der Vorbringen als haltlos zu qualifizieren ist. Weiter weisen die sich auf die allgemeine Lage der Tamilen in Sri Lanka beziehenden Beweismittel (Nennung Beweismittel) keinen konkreten Bezug zum Beschwerdeführer auf. Da er überdies keine irgendwie geartete Relevanz derselben für das vorliegende Verfahren darzulegen vermochte, sind diese Beweismittel als offenkundig unerheblich zu bezeichnen. Dementsprechend ist auch aus den allgemein gehaltenen Ausführungen über die Entwicklungen im Norden Sri Lankas, über die aktuelle Regierungs- und Wirtschaftskrise im Land sowie zu dokumentierten Vorfällen keine gehörige Gesuchsbegründung ersichtlich. Schliesslich vermag der Beschwerdeführer seine Ausführungen zu seinem – infolge der in Sri Lanka erlittenen Übergriffe – beeinträchtigten Gesundheitszustand weder hinreichend zu begründen noch durch Unterlagen zu belegen. Den Eingaben auf Beschwerdeebene sind keine konkreten Entgegnungen zu entnehmen, weshalb die von ihm dargelegten (sicherheits-) politischen Veränderungen in Sri Lanka gerade bei ihm zum Entstehen einer neuen asylbeachtlichen Verfolgungsgefahr und einer relevanten Veränderung seines Risikoprofils geführt haben sollen. Die vorinstanzliche Einschätzung im angefochtenen Entscheid ist daher vollumfänglich zu bestätigen.

E. 7

Zusammenfassend ergibt sich, dass das SEM auf die im Gesuch vom

E. 8.1

Lehnt das SEM das Asylgesuch ab oder tritt es darauf nicht ein, so verfügt es in der Regel die Wegweisung aus der Schweiz. Der Beschwerdeführer verfügt insbesondere weder über eine ausländerrechtliche Aufenthaltsbewilligung noch über einen Anspruch auf Erteilung einer solchen (Art. 44 AsylG; vgl. BVG 2013/37 E. 4.4; 2009/50 E. 9, je m.w.H.). Die Wegweisung wurde demnach zu Recht angeordnet.

E. 8.2

Das SEM hat sodann zutreffend festgestellt, dass es dem Beschwerdeführer nicht gelungen sei, hinreichend darzulegen, inwiefern er aufgrund der jüngsten politischen Entwicklung in Sri Lanka im Sinne von Art. 3 EMRK und Art. 33 FK konkret gefährdet sein soll. Das Bundesverwaltungsgericht erachtet den Wegweisungsvollzug nach Sri Lanka in neueren Urteilen selbst unter den Bedingungen der aktuellen Regierungs- und Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen nicht generell als unzulässig oder unzumutbar (vgl. etwa die Urteile des BVerfG D-3092/2020 vom 22. Juli 2022 E. 11.3 f.; D-4434/2020 vom 12. Juli 2022 E. 11). Da der Beschwerdeführer überdies nicht aufzuzeigen vermag, inwiefern die aktuelle politische und menschenrechtliche Situation sowie die derzeitige Krise in seiner Heimat flüchtlingsrechtlich relevante Auswirkungen gerade auf seine Person haben soll, ist nicht ersichtlich, inwiefern sich die Sachlage für ihn seit dem Urteil D-1884/2020 vom 7. April 2022 dergestalt geändert haben soll, dass nunmehr von einem unzulässigen, unzumutbaren oder unmöglichen Vollzug der Wegweisung gemäss Art. 83 Abs. 2-4 AIG auszugehen wäre.

E. 8.3

Zusammenfassend ergibt sich, dass das SEM die Wegweisung aus der Schweiz und deren Vollzug zu Recht verfügt hat. Die Anordnung der vorläufigen Aufnahme fällt damit ausser Betracht (Art. 83 Abs. 1-4 AIG).

E. 9

Aus diesen Erwägungen ergibt sich, dass die angefochtene Verfügung Bundesrecht nicht verletzt, den rechtserheblichen Sachverhalt richtig so- wie vollständig feststellt (Art. 106 Abs. 1 AsylG) und – soweit diesbezüglich überprüfbar – angemessen ist. Die Beschwerde ist abzuweisen.

E. 10.1

Mit diesem Urteil ist das in der Eingabe vom 25. Juli 2022 (erneut) gestellte Gesuch um Erlass des Kostenvorschusses gegenstandslos geworden. Der Vollständigkeit halber ist anzuführen, dass angesichts der vorstehenden Ausführungen die Beschwerde – auch mit Blick auf die Ausführungen in der Eingabe vom 25. Juli 2022 – als aussichtslos zu erachten ist,

D-2622/2022 Seite 10 weshalb die materiellen Voraussetzungen zur Gewährung der unentgeltlichen Prozessführung im Sinne von Art. 65 Abs. 1 VwVG ohnehin nicht erfüllt wären.

E. 10.2

Bei diesem Ausgang des Verfahrens sind die Kosten dem Beschwerdeführer aufzuerlegen (Art. 63 Abs. 1 VwVG) und auf insgesamt Fr. 1500.– festzusetzen (Art. 1–3 des Reglements vom 21. Februar 2008 über die Kosten und Entschädigungen vor dem Bundesverwaltungsgericht [VGKE, SR 173.320.2]). Der am 22. Juli 2022 in der gleichen

Höhe geleistete Kostenvorschuss ist zur Bezahlung der Verfahrenskosten zu verwenden.
(Dispositiv nächste Seite)

D-2622/2022 Seite 11

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.